



Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2007

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF) e.V.

Das schon auf der letzten Mitgliederversammlung verabschiedete Papier zur **EU –Aufnahmerichtlinie** wurde weiterentwickelt und ergänzt durch Vorschläge, wie diese EU –Richtlinie für unsere Klientel in die Praxis umgesetzt werden könnte. Ein zweistufiges Modell wurde entwickelt und in die Lobbyarbeit mit aufgenommen. Leider war es uns nicht möglich, trotz intensiver Lobbyarbeit den Gesetzgeber zu überzeugen, dass eine gesetzliche Grundlage zur Versorgung besonders vulnerabler Menschen, wie die EU –Richtlinie es vorsieht, dringend notwendig wäre. Die Bundesregierung und auch die Parlamentarier waren der Meinung, dass dieser Teil der Richtlinie längst in Deutschland gesetzlich verankert wäre (im Asylbewerberleistungsgesetz) und dass nur die Länder und Gemeinden die Umsetzung nicht voll erfüllen würden. Leider hatten wir auch zu wenige Einzelfälle, um die Gesetzeslücke wirklich plausibel zu machen. Hier gilt es jetzt, konkrete Fallbeispiele zu sammeln, eventuell vor Ort zu klagen.

Auf der anderen Seite ist das Gesundheitswesen auf diese Aufgabe noch überhaupt nicht vorbereitet. Wir in den Zentren werden nicht in der Lage sein, ein flächendeckendes Angebot zu machen. Es bedarf weiterer Strukturen, die entweder neu aufgebaut werden müssen oder vorhandene besser zu qualifizieren. Ungeklärt ist auch, welche Funktion die in der BAFF zusammengeschlossenen Zentren dabei spielen und wie deren Finanzierung dann gesichert wäre. (Siehe EIDHR). Auch hier ist noch viel Diskussionsbedarf und Initiative, die vor Ort in jedem Zentrum gestartet werden müsste. In Südbaden wurde das Thema EU –Aufnahmerichtlinie ins *TriRegioNetzwerk* hineingetragen, hier scheitert die Versorgung vulnerabler Flüchtlinge vor allem an den nicht bezahlten Dolmetscherkosten und dem Willen, mit Dolmetschern zu arbeiten. Hier muss auch ins Gesundheitswesen hinein noch enorme Lobbyarbeit betrieben werden.

Bleiberecht: Auch hier konnten wir trotz großer Anstrengungen beim Gesetzgeber keinen Fortschritt erreichen. Traumatisierte Flüchtlinge bekommen auf Grund ihrer gesundheitlichen Folgen kein Bleiberecht, dass sie politische Gewalt erlebt und deshalb schutzbedürftig sind, wird nach wie vor nicht anerkannt. Das Bundesamt versucht nun mit der Widerrufspraxis sogar, besonders bei Menschen aus dem Kosovo, Türkei und Nordirak den mühsam errungenen Status abzuerkennen. (mit

verheerenden Folgen für die Betroffenen) In Baden –Württemberg versucht das Bundesamt durch einen Oberverwaltungsgerichtsbeschluss, dass ein Abschiebeverbot nach §60.7 AufenthG für Kosovaren überhaupt nicht mehr ausgesprochen werden darf. Es sollte überlegt werden, ob eine neue bundesweite öffentliche Kampagne zum Bleiberecht für traumatisierte Flüchtlinge wie schon einmal vor Jahren neu entfacht werden sollte.

Viele traumatisierte Menschen sind schon lange hier in Deutschland. Die Hoffnung, durch die Altfallregelung der Innenminister oder jetzt im neuen Zuwanderungsgesetz eine Erleichterung für diese Menschen zu bekommen (wofür wir uns besonders eingesetzt hatten), ist sehr trügerisch. Sicherlich konnten einige, denen die Integration gelungen und wirtschaftlich selbstbestimmt ihren Lebensunterhalt verdienen, dadurch zu einer Aufenthaltserlaubnis kommen. Wer besonders gesundheitlich angeschlagen ist, verdient es weiterhin, abgeschoben zu werden. Er ist nämlich zu „teuer“. Das gilt auch für die Härtefallregelung. In zynischer Weise sollen besonders hilfs- und schutzbedürftige ausgesondert und verstoßen werden. Hier wäre mit anderen gesellschaftlichen Gruppen eine ethische Grundsatzdiskussion in die Gesellschaft zu tragen, eine Aufgabe, der wir uns in den nächsten Jahren stellen müssten.

Schwerpunkte der Arbeit des BAFF- Vorstandes waren:

- Sicherung der BAFF als Dachverband
- Lobbyarbeit
- Umsetzung der Standards für Begutachtung
- Entwicklung eines Konzepts zur Identifizierung traumatisierter Flüchtlinge.
- Entwicklung eines Interviewarchivs „Zeitzeugen der Menschenrechte“
- Initiierung der Diskussion um Ausweitung von Behandlungsnotwendigkeiten auf das familiäre Umfeld

Der nachfolgende Bericht dokumentiert die Umsetzung der Ziele der Satzung im Geschäftsjahr 2007.

A. Organisatorisches

Treffen zur Projektkoordination und Evaluation:

Mitglieder des Vorstands plus relevante Experten trafen sich im Jahr 2007 fünf Mal zu Koordinationstreffen:

Vorstandstreffen:

- 15.01.2007 in Berlin
- 16.04.2007 in Frankfurt
- 18.06.2007 in Frankfurt
- 30.09. 2007 in Berlin
- 07.12.2007 in Frankfurt

Die Mitgliederversammlung hat am 01.10.2007 im Rahmen der Fachtagung „Ethik und Menschenrechte- Kontextbezogene Behandlung von Folteropfern“ in Berlin stattgefunden.

Anträge/Mitgliedschaft:

Im Laufe des Jahres 2006/7 gab es folgende Anträge/Aufnahmen:

- Arbeitsgemeinschaft Flucht und Trauma Rheinland Pfalz wurde als außerordentliches Mitglied aufgenommen.
- PSZ Halle wurde als außerordentliches Mitglied aufgenommen.
- Havena Hamburg wurde als außerordentliches Mitglied aufgenommen.
- Dr. Hubertus Adam: Eppendorf Ambulanz für Flüchtlingskinder u. ihre Familien, Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf: hat Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet
- Ebenso ist das Frauenflüchtlingshaus (FFH) Halle an einer Mitgliedschaft bei der BAFF interessiert.

B. Aktivitäten der Baff

BAFF Forum

Das BAFF Forum ist von den BAFF- Mitgliedern erfolgreich aufgenommen worden und stellt im Rahmen des fachlichen Austausches und der Vernetzung ein wichtiges Kommunikationsmedium dar. Bereits 103 MitarbeiterInnen der BAFF- Mitgliedszentren haben sich im BAFF-Forum registriert. Auch nutzen zahlreiche Nicht-Mitglieder das Forum. Die Beteiligung der BenutzerInnen im BAFF-Forum könnte jedoch noch weiter ausgebaut werden, indem bspw. mehr Beiträge in das Forum gestellt werden oder sich noch mehr KollegInnen im Forum anmelden.

BAFF-Webauftritt

Die BAFF konnte endlich Gelder akquirieren, um ihren Webauftritt neu zu gestalten und zu aktualisieren. Dieser Arbeitsprozess ist derzeit noch in Bearbeitung und wird voraussichtlich im Laufe dieses Jahres beendet werden.

Laufende Projekte der BAFF

Entwicklung und Implementierung von Standards zur gesundheitlichen Erstberatung und Behandlung

Als Dachverband hat sich die BAFF im Jahr 2007 das Ziel gesetzt, die Verbesserung der psychosozialen und medizinischen Versorgung von Opfern von Folter und anderen schweren Gewalttaten voranzutreiben. Neue gesetzliche Veränderungen, insbesondere die anstehende Umsetzung neuer Europäischer Richtlinien (sog. Aufnahme richtlinie, sog. Qualifikationsrichtlinie, Dublin II, um nur die wichtigsten zu nennen) haben uns den Ansatz für Aktivitäten gegeben. Wir haben uns in den letzten Jahren besonders intensiv mit der sog. **Aufnahmerichtlinie** auseinandergesetzt, da dort der Schutz und die Behandlung von besonders schutzbedürftigen Personen wie z.B. Folteropfer und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge klar formuliert sind.

Der Vorstand der BAFF hat sich weiter mit Fachleuten zusammengesetzt und ein umsetzungsfähiges **Konzept zur frühzeitigen Identifizierung sowie Behandlung psychotraumareaktiver Folgestörungen** entwickelt und sie in die Schlussdiskussion um die Novellierung zum Zuwanderungsgesetz eingebracht. Dabei ist die wichtigste Zielsetzung, die Identifizierung von besonders schutzbedürftigen Personen und die Festlegung von Behandlungszielen nicht durch Sacharbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vornehmen zu lassen, sondern diese der Verantwortung von professionellen HeilberuflerInnen zu übergeben. Was aus fachlicher Hinsicht eine Selbstverständlichkeit ist, musste den Entscheidungsträgern auf der Grundlage vieler Gespräche und Diskussionen erst nahe gebracht werden.

Zeitzeugenprojekt

Ziel des Projektes ist die Dokumentation und Darbietung von Flüchtlingsgeschichten (Geschehnisse im Herkunftsland, Flucht, Leben im Exil, Asylverfahren), um das öffentliche Bewusstsein für die Problematik der Lebenssituation von Flüchtlingen zu sensibilisieren und die konkreten Geschichten auch im Rahmen von Lobby-Arbeit bei Entscheidungsträgern einbringen zu können. Die Mitgliedszentren können sich entsprechend ihrer Kapazitäten an dem Projekt über die Durchführung von Interviews beteiligen. Die BAFF hat entsprechende Interviewleitfäden entwickelt, auf die die Zentren zurückgreifen können.

BAFF-Tagung

In dem Projektzeitraum im Jahr 2007 haben wir uns intensiv mit der organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung der Bundesfachtagung der BAFF befasst. Die Koordinationsstelle der BAFF war zusammen mit dem Mitgliedszentrum Xenion Ausrichter der Tagung, die vom 30.09.-02.10.2007 im Haus der Katholischen Akademie stattgefunden hat. Den Schwerpunkt bildete dabei das Themenfeld ‚Ethik und Menschenrechte – Kontextbezogene Behandlung von Folteropfern‘ (siehe Sachbericht zur Tagung).

Qualifizierung, fachlicher Austausch, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit

- 19.10.2006 Gesprächstermin mit Hr. Veit und Hr. Edathy (Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages) zur Umsetzung der EU-Richtlinien. Darauf folgend kam es zu fortlaufendem Schriftverkehr

mit Vorschlägen zur Umsetzung der Richtlinien und der Bitte um diesbezügliche Unterstützung.

- 15.01.2007 Gespräch mit Cem Özdemir (MdEP) über die mangelhafte und instabile Finanzierung der Behandlungszentren und zur Klärung der Frage, wie er uns diesbezüglich auf EU-Ebene unterstützen kann.
- 15.01.2007 Gespräch mit Mitgliedern des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Paul-Löbe-Haus Prof. Dr. Däumler-Gmelin, Fr. Graf (SPD) und Hr. Leutert (Die Linke) über mangelnde Verortungs-Mechanismen zur Behandlung von Traumatisierten in der EU-Richtlinie und ebenfalls das damit implizierte Problem der mangelnden Grundfinanzierung der Behandlungszentren, Darstellung der Begutachtungspraxis bzw. restriktiven Entscheidungsfindung des BAMF, sowie der Abschiebep Praxis von Kindern und Jugendlichen von Traumatisierten.
- 19.01.2007 Kontakt mit Hr. Müntefering (Bundesminister für Arbeit und Soziales) und Fr. Uhlig (Bundesministerium des Innern) zur Umsetzung der EU-Richtlinien.
- 15.02.2007 Information an EU-Abgeordnete zur Ankündigung der drastischen Kürzung der speziellen Budgetrichtlinie zur Förderung von Rehabilitationszentren für Folteropfer und damit verbunden, die Bitte um Unterstützung.
- 14.03.2007 AG Innen vom Forum Menschenrechte „Lobbygespräche zur Innenpolitik“
- 30.03.2007 Pro Asyl ICF-Seminar zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen.
- März 2007 Informations- und Lobbyarbeit zur Finanzierungssituation der Behandlungszentren für Flüchtlinge und Folteropfer vor dem Hintergrund der angekündigten Kürzung der Budgetlinie des EIDHR.
- 30.03.2007 Fachgespräch zur „Umsetzung der EU-Richtlinien in Deutschland“ in Berlin.
- 16.04.2007 BAFF-Vorstandstreffen in Frankfurt.
- 09.05.2007 AG „Lobbygespräche zur Innenpolitik“ des Forum Menschenrechte mit Mitgliedern des Innenausschusses des Deutschen Bundestages.
- Mai 2007 Information an Mitglieder des Deutschen Bundestages zur unzureichenden Umsetzung der EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (RL 2003/EG).
- 21.Mai 2007 Arbeitstreffen zu EU-Förderungsmöglichkeiten
- 04.06.2007 Information an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe über Schwierigkeiten der BAFF sowie weiterer Behandlungszentren bei Finanzanträgen beim Europäischen Flüchtlingsfond (EFF).
- 21.06.2007 Arbeitsgruppentreffen zu EU-Förderungsmöglichkeiten in München.
- 22.06.2007 Teilnahme bei dem Berliner Integrationsgipfel „Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken“
- Seit Juni 2007 bis dato Organisation der Fachtagung der BAFF zum Thema „Ethik und Menschenrechte – Kontextbezogene Behandlung von

Folteropfern' 30.09.-01.10.2007 im Haus der Katholischen Akademie in Berlin.

- 01.08.2007 Information an Prof. Dr. Däubler-Gmelin, als Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, über den Verlauf des Asylverfahrens einer psychisch kranken kurdischen Flüchtlingsfamilie, die dabei erfolgte Bewertung von ärztlichen Befundberichten aus der Psychiatrie durch das BAMF und die anstehende, nicht zu rechtfertigende Abschiebung dieser Familie. Die Dokumentation dieser Fallgeschichte dient als exemplarische Beschreibung der mangelnden Fortschritte in der Auseinandersetzung mit dem BAMF hinsichtlich der Begutachtungen und Stellungnahmen.
- 20.09.2007 Arbeitstreffen mit der parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk (Bundesministerium für Gesundheit). Gesprächsthemen sind gewesen: Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie, Finanzierung der Behandlungszentren, keine Übernahme der Therapie von Flüchtlingen, ebenso wenig dabei entstehende Dolmetscherkosten, Schwierigkeiten der Förderung durch den EFF. Das Bundesministerium für Gesundheit hat in diesem Gespräch seine Zuständigkeit für diese Problematik mit der Argumentation zurückgewiesen, dass es rechtlich nicht möglich sei, die Arbeit der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung zu finanzieren, da diese ihre Leistungen nur Mitgliedern zukommen lassen und Flüchtlinge und Folteropfer dies nicht sind, da sie Leistungen nach den Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes erhalten.
- 29.09.2007 Arbeitstreffen zur Menschenrechtsarbeit in der Russischen Föderation mit Referentinnen aus Russland und Tschetschenien.
- 29.09.2007 Arbeitstreffen mit Mitarbeiterinnen der Medical Foundation, London zur Entwicklung ethischer Richtlinien bei der Weiterverwendung sensibler KlientInnen Daten.
- 29.09.2007 Expertenaustausch mit dem irakischen Arzt Dr. Noarman S. Ali zu den Problemen der besonderen Situation bei Rückführung und Planung einer weiteren Kooperation.
- 30.09.-02.10.2007 BAFF-Fachtagung im Haus der Katholischen Akademie in Berlin zu dem Thema „Ethik und Menschenrechte – Kontextbezogene Behandlung von Folteropfern“.
- 02.10.2007 Mitgliederversammlung der BAFF.
- 29.-30.10.2007 Teilnahme an der Fachtagung „Bundesamt und Diakonie im Dialog“ zu den Themen: Identitätsfeststellung, Widerrufsverfahren und EU-Richtlinien.
- November 2007 Korrespondenz mit Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages ebenfalls zur Finanzierung der Behandlung und psychosozialen Beratung von Folteropfern und traumatisierten Flüchtlinge mit der Frage nach weiteren Handlungsmöglichkeiten sowie potentiellen Kooperationspartnern.
- 04.-05.11.2007 Teilnahme an der Konferenz „Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz“ von der RAV, Holtfort-Stiftung, ECCHR und amnesty international.

- 07.11.2007 Teilnahme an dem Fachgespräch der AG Innen des Forum Menschenrechte mit Vertretern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Entscheidungspraxis im Asylverfahren.
- 08.11.2007 Erneute Korrespondenz mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Marion Caspers-Merk, die die Problematik der Finanzierung der Behandlungszentren bzw. die Übernahme der Behandlungskosten an Prof. Dr. Maria Böhmer, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration weitergeleitet hat. Eine Antwort steht noch aus.
- 09.-11.11.2007 Teilnahme an den Kiewer Gesprächen „Ukraine in Europa“, ausgerichtet von der Konrad Adenauer-Stiftung in Berlin. Behandelt wurde die Thematik europäische Nachbarschaftspolitik, Grenzen, Ausgrenzung, Abgrenzung.
- 14.11.2007 Empfang durch Prof. Dr. Däubler-Gmelin – Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages für Nichtregierungsorganisationen.
- 19.11.2007 Teilnahme am Fachgespräch zu Dublin II, Grenzschutz und regionale Schutzprogramme – Die Entwicklung des europäischen Asylrechts und seine Auswirkungen auf die Flüchtlingshilfe. Regionaler Schwerpunkt: Deutschland, Polen und der Ukraine in Potsdam.
- 20.11.2007 Arbeits- und Informationstreffen zu den neuen Förderprogrammen im Rahmen der EU-Förderung, veranstaltet durch das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg gemeinsam mit der Nationalen Zentralstelle zur Verwaltung des Europäischen Flüchtlingsfonds im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge BAMF und in Kooperation mit den LIGEN der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin und Brandenburg.
- 23.-25.11.2007 Teilnahme an der Tagung der Deutschen Sektion der IPPNW, Ärzte in sozialer Verantwortung „Schaden an Leib und Seele – Flüchtlingskinder im Spannungsfeld zwischen Medizin und Recht“ in Thüringen.
- 07.12.2007 BAFF-Vorstandstreffen in Frankfurt.

Vernetzung:

- 19.-21.04.2007 Europäisches Netzwerktreffen: Network of European Treatment and Rehabilitation Centres for Victims of Torture and Human Right Violations in Antalya, Türkei. Insbesondere wurden die einzelnen Aufgabenbereiche und Richtlinien für das EU-Netzwerk ausgearbeitet. Die Arbeitsgruppen haben themenbezogen weitergearbeitet; die Forschungsgruppe hat sich in diesem Zusammenhang entschieden gemeinsame Projekte außerhalb der Arbeitsgruppe weiterzuführen.
- Vernetzung der BAFF internen „AG Kinder und Jugendliche“ in der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland seit dem 22. Mai 2007
- 25.-30.06.2007 International Congress on Law and Mental Health in Padua, Italien.
- 10.12.2007 Treffen der Steuerungsgruppe des Europäischen Netzwerkes in Paris, Frankreich. Evaluation und Planung der weiteren Aktivitäten.

Lobby- und Repräsentationsarbeit im Rahmen von Arbeitstreffen oder Schriftwechsel:

Mit Politikern

- Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt
- Erika Steinbach, Sprecherin für menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU Bundesfraktion
- Ursula Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung
- Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales
- Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministerium des Innern
- Marion Caspers-Merk, parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Gesundheit
- Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages.
- Cem Özdemir, Abgeordneter des Europäischen Parlaments (Die Grünen / Freie Europäische Allianz).
- Sebastian Edathy, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages
- Rüdiger Veit, Mitglied des Deutschen Bundestages
- Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister des Landes Berlin
- Geschäftsstelle der ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder (Bundesrat)
- Briefe an wichtige Ministerien und Politiker zu Bleiberecht und Zuwanderungsgesetz/Evaluation

Mit der Fachöffentlichkeit

- Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT) (Dr. Gierlichs)
- Deutsches Institut für Menschenrechte (Prof. Dr. Bielefeldt)
- Universität Konstanz (Prof. Dr. Elbert, Prof. Dr. Neuner)
- Bundesärztekammer (Dr. Hoppe, Dr. Montgomery)
- Bundespsychotherapeutenkammer (Hillenbrand, Angermann-Küster)
- Berliner Verwaltungsgericht (Percy MacLean und Stephan Eilig)
- Pro Asyl (Günter Burkhardt, Bernd Mesovic, Karl Kopp, Liljane Danso u.a.)
- amnesty international Deutschland (Barbara Lochbihler, Wolfgang Grenz, Dr. Duchrow, AK Asyl: Daniela Steenkamp, Andreas Schwandtner, AK Heilberufe)
- Gottfried Köfner, UNHCR Deutschland
- Prof. Dr. Manfred Nowak, UN-Sonderberichterstatter gegen Folter
- Dr. Noarman S. Ali, Irakischer Arzt und Menschenrechtsaktivist
- Rechtsanwaltsverein Berlin (RAV) (Dr. Kahrleck, Dr. Honnecker)
- Hamburger Institut für Sozialforschung (Cornelia Berens)
- Ella Poljakova, Soldatenmütter St. Petersburg
- Stefan Keßler, Jesuiten Flüchtlingsdienst

- Prof. Dr. Thomas Wenzel, Universitätsklinik Wien, International Academy of Law and Mental Health
- Katharina Wegner, Diakonisches Werk Deutschland
- Ulli Sextro, Ökumenische Beratungsstelle in der Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige

Ständige Mitarbeit:

- beim Arbeitskreis amnesty international -AK Heilberufe
- Gesprächskreis Asyl der Liga der Spitzenverbände
- Forum Menschenrechte
- AG Lobbyarbeit zur Innenpolitik
- Deutsche Stiftung UNO Flüchtlingshilfe
- Arbeitskreis Flüchtlinge in der IPPNW
- Nationale Koalition zur Durchsetzung der Kinderrechte (NCC)

Veröffentlichungen:

Mehrere Beiträge im Band III Politische Psychologie 2007

Beteiligung an der bundesweiten Kampagne zum Bleiberecht für langjährig Geduldete.

- Erstellung und Veröffentlichung einer Dokumentation von 10 jungen Erwachsenen aus traumatisierten Familien
- Briefe an alle Innenpolitiker und der Innenministerkonferenz